

II-142 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 10175

1983 -07- 06

A n f r a g e

der Abgeordneten STOCKER Franz  
und Genossen  
an den Bundesminister für Landesverteidigung  
betreffend die unzulässige Einschaltung von SPÖ-Parteiorganisationen  
bei der Besetzung von Dienstposten im Landesverteidigungs-  
ressort.

In der Wiener Neustädter Zeitung vom 29.6.1983 wird in  
einem Artikel mit der Überschrift "Zivilposten-Vergabe  
in Zentrale der SP Neustadt" berichtet, daß die Nach-  
besetzung von Zivil-Dienstposten in der Jansa-Kaserne  
in Großmittel zum Anlaß genommen wurde , um Bewerber  
bezüglich ihrer politischen Einstellung im SPÖ-  
Sekretariat in Wr.Neustadt überprüfen zu lassen.

Als Faksimile wurde in der Zeitung ein Schreiben des  
Kasernkommandos der Jansakaserne abgedruckt, auf dem im  
SPÖ-Sekretariat in Wr.Neustadt Vermerke betreffend die  
Zugehörigkeit zur SPÖ handschriftlich angebracht worden  
waren.

Es liegt daher der Schluß nahe, daß Zivilposten beim  
Bundesheer unter Mitwirkung von sozialistischen Partei-  
organisationen vergeben werden und unter Mißachtung des  
Datenschutzes Daten von Stellenbewerbern, die normaler-  
weise nur den Dienststellen des Bundesheeres zugänglich  
sind, SPÖ-Sekretariaten zur Verfügung gestellt werden.

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A n f r a g e:

- 1) Erfolgt die Vergabe von Zivilposten beim Bundesheer unter Mitwirkung der örtlich zuständigen SPÖ-Bezirksorganisationen?
- 2) Wie war es möglich, daß persönliche Daten von Stellenbewerbern mit militärischen Abkürzungen und Bezeichnungen in das Bezirkssekretariat der SPÖ Wr. Neustadt gelangten?
- 3) Wer war dafür in ihrem Ressortbereich verantwortlich?
- 4) Wurde im gegenständlichen Fall das Datenschutzgesetz verletzt?
- 5) Wie werden die dafür Verantwortlichen von Ihnen zur Verantwortung gezogen werden?
- 6) Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um künftighin zu vermeiden, daß
  - a) Dienstposten im Bundesheer unter Mitwirkung sozialistischer Parteiorganisationen vergeben werden?
  - b) Personaldaten, die nur Dienststellen des Bundesheeres zugänglich sind, Parteiorganisationen der SPÖ zur Verfügung gestellt werden?